



## Inhalt

dbb Chef Silberbach im FAZ-Interview

[„Die neue Bundesregierung droht die Bodenhaftung zu verlieren“](#)

dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach:

[„Eine Impfpflicht ohne Kontrolle wird zum Papiertiger“](#)

Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung

[Wachstum erfordert eine funktionierende Infrastruktur](#)

dbb jugend

[Fehlender Nachwuchs: „Die Kommunen müssen endlich aufwachen!“](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

[Besoldungsanpassung auf dem Weg – Versorgungsberechtigte enttäuscht](#)

Mecklenburg-Vorpommern

[Besoldungsanpassung: Ruhegehaltsfähigkeit von Zulagen alternativlos](#)

Thüringen

[Landesbeschäftigte gegen Kritik vom Landesrechnungshof verteidigt](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Politisch motivierte Kriminalität: Corona-Krise verstärkt aufgeheizte Stimmung](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Kultusministerkonferenz muss Realität an den Schulen in den Blick nehmen](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Warnstreik bei der AOK Nordost](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

## dbb Chef Silberbach im FAZ-Interview „Die neue Bundesregierung droht die Bodenhaftung zu verlieren“

**Angesichts der ambitionierten Pläne der Ampel-Koalition warnt der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach vor einer Überforderung des Staates.**

„Wir brauchen eine klare und konsequente Aufgabenkritik“, forderte der dbb Chef im Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Ausgabe vom 19. Januar 2022). „Eigentlich müsste mit jedem neuen Gesetz, das beschlossen wird, ein altes entfallen, damit Spielraum für die neuen Aufgaben entsteht. Deshalb bin ich in Sorge, wenn sich Politik lauter neue, anspruchsvolle Aufgaben vornimmt, ohne sich dieser Frage zu stellen. Politisch auf den Punkt gebracht, ist meine Diagnose: Die neue Bundesregierung droht die Bodenhaftung zu verlieren. Sie verkennet, dass der Staat – so wie er jetzt aufgestellt ist – nicht in der Lage sein wird, das umzusetzen, was sie auf den Weg bringen will.“

Der dbb warne bereits seit viele Jahren davor, dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes aufgrund des andauernden Personal mangels an ihre Grenzen stoße. „Schon heute fehlen 330.000 Beschäftigte, um alle politisch vorgegeben Aufgaben sinnvoll zu erfüllen. Zugleich erreichen allein in den nächsten zehn Jahren 1,3 Millionen der rund 5 Millionen Angestellten und Beamten den Ruhestand. Die Personallücke wird also täglich größer – gleichzeitig plant die neue Bundesregierung einen ambitionierten Aufbruch: Klimaschutz, Digitalisierung, Diversität und mehr. Wir gehen da ja mit. Aber einfach noch mehr Aufgaben draufpacken, ohne die Ausstattung des öffentlichen Dienstes fundamental zu verbessern, das wird nicht funktionieren“, warnte Silberbach.

Wenn die Regierungen von Bund und Ländern nicht endlich bereit seien, in die Personal- und Sachausstattung zu investieren, führe das

auch zu gesellschaftlichen Verwerfungen. Als ein Beispiel nannte der dbb Bundesvorsitzende die Bildungspolitik: „Seit Jahren hören wir, dass gute Schulen die Grundlage für Wohlstand und Stabilität im Lande seien. Es wird der Anspruch von Inklusion und Diversität formuliert: Kein Kind soll zurückbleiben, auch nicht, wo in Grundschulklassen nur wenige Kinder der deutschen Sprache mächtig sind. Das ist alles gut, alles richtig – aber wenn es an die Umsetzung geht, regieren plötzlich Sparkommissare. Soll etwa eine einzelne Lehrerin, ein einzelner Lehrer mit einer Klasse von 25 Kindern so etwas leisten? Natürlich erfordert das mehr Pädagogen und kostet Geld. Aber weil das ausbleibt, geht auch hier Vertrauen in den Staat verloren.“

Es gebe einen Zusammenhang zwischen frustrierenden Erfahrungen, die Bürger mit schlecht ausgestatteten, schwerfällig wirkenden Behörden machen, und einem teils bedenklich abnehmenden Vertrauen in staatliche Handlungsfähigkeit und Politik, betonte Silberbach. „In letzter Konsequenz zeigt sich das sogar in der steigenden Zahl jener abscheulichen Fälle von Verrohung und Gewalt, die etwa Polizisten, Sanitäter oder Feuerwehrlaute bei ihren Einsätzen erleben. Wir erleben einen gefährlichen Respektverlust gegenüber denen, die im Dienste unseres Gemeinwesens arbeiten. Und eine wichtige Ursache dieses Problems ist, dass politisch allzu oft mehr versprochen wird, als die öffentliche Verwaltung objektiv leisten kann.“

Zum vollständigen Interview auf [faz.net](https://www.faz.net) (Abo).

## dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach: „Eine Impfpflicht ohne Kontrolle wird zum Papiertiger“

**Eine Impfpflicht kann nur mit ausreichend Personal und entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten umgesetzt werden, mahnt der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach.**

„Wenn die Politik eine Impfpflicht beschließt, muss sie dafür sorgen, dass es ausreichend Personal für Kontrollen und Sanktionen gibt. Andernfalls wird der Riss in unserer Gesell-

schaft noch tiefer“, schreibt Silberbach in einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (online am 16. Januar 2022). Im März soll der Deutsche Bundestag über die

Einführung einer allgemeinen Impfpflicht entscheiden. Bundeskanzler Olaf Scholz will sie, gibt die Entscheidung aber frei, weil es in der FDP starke Zweifel gibt. Die Ampelkoalition hat also keine sichere eigene Mehrheit. Da CDU und CSU die Impfpflicht aber vehement fordern, gilt die Zustimmung des Parlaments als sehr wahrscheinlich.

„Aus Sicht der Beschäftigten des öffentlichen Diensts, mindestens von Polizei, Justiz, Ordnungsämtern und allgemeiner Verwaltung, stellt sich die Frage, wie eine allgemeine Impfpflicht denn überhaupt umgesetzt werden soll. Millionen Bürger sollen kontrolliert und eine möglicherweise Millionen zählende Minderheit sanktioniert werden? Deutschland ist weder personell noch bezüglich seines Digitalisierungsstandes auf eine solche Aufgabe vorbereitet“, warnt der dbb Chef. „Schon viel zu lange gibt es für viel zu viele staatliche Aufgaben zu wenig qualifiziertes Personal. Die Voraussetzungen für die Durchsetzung einer allgemeinen Impfpflicht sind nicht ansatzweise gegeben. Eine Pflicht ohne Kontrollen und Sanktionen wird ein Papiertiger bleiben. Es stellt sich also die entscheidende Frage, ob der Gesetzgeber überhaupt Gesetze erlassen sollte, bei denen von vornherein klar ist, dass sie nicht administrierbar sind.“

Die Impfpflicht wäre bei weitem nicht das erste Gesetz, so Silberbach weiter, das an seiner Umsetzung scheitert. Allzu oft würden Bund und Länder Gesetze erlassen, die zu „Wirklichkeitskollisionen“ führen und damit in ihrer Wirksamkeit verpuffen. Beispielsweise würden individuelle Leistungsansprüche formuliert, die

aber aufgrund einer mangelhaften Informationspolitik weitgehend unbekannt seien und deshalb nicht wahrgenommen würden. „Immer wieder ist von Bürokratie die Rede. Die Verwaltung schafft diese aber nicht; vielmehr erleidet sie wie die Bürger schlecht gemachte Gesetze. In vielen Fällen sind solche zu wenig durchdachten Rechtsakte harmlos, manchmal amüsant, schlimmstenfalls ärgerlich. Im Falle der allgemeinen Impfpflicht wird die klaffende Lücke zwischen Regelungswunsch und effektiver Regelbarkeit aber zu einem Riss werden, der mitten durch die Gesellschaft geht“, warnte der dbb Bundesvorsitzende.

Seit Jahren sei eine immer stärkere Verrohung der Gesellschaft sowie zunehmende verbale und physische Übergriffe gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu beobachten. „Wie würde sich die allgemeine Impfpflicht in dieser Hinsicht auswirken? Ihre rechtlichen Grundlagen mögen zweifelsfrei und verfassungsfest zu schaffen sein. Wie aber werden sich Kontrollen und Sanktionierungen auf die längst überbordende Aggression und Gewaltbereitschaft von Teilen der Bevölkerung auswirken? Wer schützt die Kollegen des öffentlichen Dienstes, wenn sie Mitmenschen gegenüber übertreten, die den Staat für eine dunkle Macht halten, gegen die es sich in ihrem völlig verzerrten Weltbild mit allen Mitteln zu verteidigen gilt? Auf diese Fragen muss die Bundesregierung, müssen alle Befürworter einer allgemeinen Impfpflicht klare und verbindliche Antworten liefern“, forderte Silberbach. „Findet die Politik keine überzeugenden Antworten, muss sie von der allgemeinen Impfpflicht lassen und andere Wege finden, die Ängstlichen und Zögernden zu überzeugen.“

## Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung

### Wachstum erfordert eine funktionierende Infrastruktur

**Die deutsche Wirtschaft erholt sich langsam vom Corona-Einbruch. Für zukünftiges Wachstum muss der Staat allerdings mehr Geld in die Infrastruktur stecken, fordert der dbb.**

„Die deutsche Wirtschaftsleistung wächst wieder. Das ist nach dem Einbruch durch die Corona-Pandemie eine gute Nachricht. Dass die Bundesrepublik in dieser Hinsicht einigermaßen glimpflich durch die Krise kommt, ist auch den staatlichen Maßnahmen wie etwa den Corona-Hilfen oder dem Kurzarbeitergeld zu verdanken. Deshalb gilt unser Dank den Kolleginnen und Kollegen in den Verwaltungen, die diese Unterstützung zügig umgesetzt

haben. Das zeigt eindrucksvoll, dass Politik gerade in Ausnahmesituationen einen auf allen Ebenen funktionierenden öffentlichen Dienst braucht“, sagte der Zweite Vorsitzende des dbb Friedhelm Schäfer am 19. Januar 2022 bei einem Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung.

Um den Kurs der wirtschaftlichen Erholung fortzusetzen und auch darüber hinaus Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, seien aber weitere staatliche Investitionen erforderlich. Schäfer: „Bundesfinanzminister Christian Lindner hat auf der dbb Jahrestagung bereits darauf hingewiesen, dass für ein ordentliches Wachstum die entsprechenden Rahmenbedingungen erforderlich sind. Das bedeutet für uns: Gerade angesichts der ambitionierten Pläne der Bundesregierung hinsichtlich Klimaschutz und Digitalisierung muss mehr staatliches Geld in die grundlegende Infrastruktur gesteckt werden. Also etwa in Bildung, Sicherheit, Gesundheit und Mobilität. Dafür braucht es aber entsprechendes Personal, denn die neue Eisenbahnbrücke plant sich nicht von alleine und ein neues Schulgebäude bedeutet noch keinen guten Unterricht. Der öffentliche Dienst ist also ein ganz wesentlicher Faktor für den Wirtschaftsstandort, und wir erwarten von der Ampel-Koalition, dass dessen Modernisierung mit der entsprechenden Priorität behandelt wird“

Schäfer betonte, dass die erforderlichen Milliarden-Investitionen kaum mit den vorhandenen Haushaltsmitteln zu bewältigen seien. „Die Bekämpfung der Corona-Pandemie hat Bund, Länder und Kommunen enorm viel Geld gekostet. In dieser ohnehin angespannten Situation muss nach unserer Auffassung zwangsläufig die Haltung zu neuen Staatsschulden überdacht werden. Die ‚schwarze Null‘ darf kein Selbstzweck sein. Eine sparsame Haushaltsführung ist selbstverständlich wünschenswert. Aber die dringend erforderlichen Ausgaben für die Modernisierung des Landes noch weiter aufzuschieben, wird am Ende deutlich

teurer – gerade für die nachfolgenden Generationen.“

Neben den erforderlichen Investitionen mahnte der Zweite Vorsitzende des dbb auch eine bessere Gesetzgebung an: „Die konkrete Umsetzung in der Verwaltung muss von Anfang bis Ende mitgedacht werden, wenn neue Gesetze entstehen. Das ist in doppelter Hinsicht wichtig: Erstens ist es natürlich auch für die wirtschaftliche Entwicklung essentiell, dass die Administration zügig und rechtssicher mit den legislativen Vorgaben arbeiten kann. Zweitens ist es ganz grundsätzlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Vertrauen in den Staat entscheidend, dass getroffene Beschlüsse überall und für alle gelten – das sollte eine Selbstverständlichkeit sein.“

Die stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb Astrid Hollmann betonte mit Blick die Haushaltslage, dass sich bereits in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ein erheblicher Investitionsbedarf aufgestaut habe – obwohl die entsprechenden Ausgaben zuletzt wieder leicht gestiegen seien. Alleine bei den Städten und Gemeinden beliefe sich die Höhe der notwendigen Ausgaben laut KfW-Kommunalpanel auf fast 150 Milliarden Euro. „Maßgeblich geht der Investitionsstau dabei mit 46,5 Milliarden Euro auf den Schulbereich und mit 33,6 Milliarden Euro auf die Verkehrsinfrastruktur zurück. Dabei ist doch klar, dass beispielsweise die von den Ampel-Koalitionären geforderte Verkehrswende nur durch massive Investitionen etwa in den öffentlichen Nah- und Fernverkehr erreicht werden kann.“

dbb jugend

## **Fehlender Nachwuchs: „Die Kommunen müssen endlich aufwachen!“**

**Am 19. Januar 2022 diskutierte dbb jugend Bundesvorsitzende Karoline Herrmann zum Thema „Vakanz im Rathaus – es fehlt kommunaler Nachwuchs“ auf dem Portal NeueStadt.org.**

In vielen Kommunen seien die öffentlich Bediensteten bereits heute am Limit – ein Zustand, der durch die Corona-Pandemie nur verschlimmert wurde. „Zuletzt hat die Studie ‚Bleibebarmeter‘ gezeigt, dass die Beschäftigten nicht per se mit ihrem Aufgabenfeld unzufrieden sind. Vielmehr wünschen sie sich eine bessere Ausstattung, höhere Flexibilität im Arbeitsalltag sowie mehr Anerkennung und Wertschätzung von Seiten des Arbeitgebers, unter anderem in Form von besserer Bezahlung. Die Kommunen müssen endlich begreifen, dass

sie sich mit einer Verschlankung des öffentlichen Dienstes langfristig keinen Gefallen tun. Auch in Zukunft werden wir einen starken Staat brauchen, der die Funktionalität und Stabilität unseres Landes garantiert“, sagte Herrmann in der Diskussion. Unter anderem in den Bereichen Ausstattung und Flexibilität sieht sie, besonders für jüngere Menschen, großen Nachholbedarf. Es müsse in zeitgemäße IT-Ausstattung und technische Infrastruktur investiert werden, welche es dann auch einfacher

mache, mobiles Arbeiten als Selbstverständlichkeit zu etablieren. Herrmann rief auch den demografischen Wandel in Erinnerung: „In den nächsten Jahren werden mehr als 900.000 Beschäftigte in den Kommunen ihren Ruhestand antreten. Gleichzeitig dümpeln die Ausbildungszahlen jährlich bei um die fünf Prozent. Viel zu wenig junge Menschen entscheiden sich für eine Ausbildung oder einen Berufseinstieg im öffentlichen Dienst. Der Arbeitgeber muss endlich eine Kehrtwende in Gang setzen!“

„Ein großes Problem ist, dass Azubis und Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteigern keine Perspektive oder Sicherheit geboten

wird. Die garantierte Übernahme in unbefristete Arbeitsverhältnisse nach erfolgreichem Abschluss ist längst überfällig. Es ist schlichtweg beschämend, dass man jungen Menschen diese Sicherheit seit Jahren nicht geben möchte. Auch die Bezahlung stellt einen wichtigen Aspekt einer solchen Sicherheit dar: Wer sich in den Dienst des Staates stellt, sollte davon leben können“, ergänzte Isabell Markus, Bundesvorsitzende der komba jugend. Letztendlich sei der öffentliche Dienst gerade im kommunalen Bereich so abwechslungsreich und anspruchsvoll wie kaum ein anderes Arbeitsfeld, und das müsse von den Kommunen so vermittelt werden, dass es auch bei den Arbeitnehmenden ankommt.

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

Bayern

### **Besoldungsanpassung auf dem Weg – Versorgungsberechtigte enttäuscht**

**Mit einem Beschluss des Kabinetts vom 17. Januar 2022 hat die bayerische Landesregierung die Besoldungsanpassung auf den Weg gebracht. Die Einmalzahlung, die in den Tarifverhandlungen mit den Ländern vereinbart wurde, soll es allerdings nicht für Versorgungsberechtigte geben.**

„So sehr Besoldungsanpassungen zu begrüßen sind, so sehr ärgert uns der diesmalige Affront gegenüber den Beschäftigten, die jahrelang im Dienst des öffentlichen Dienstes gestanden haben, und nun von der Entwicklung der allgemeinen Einkommen abgekoppelt werden“, sagte der Chef des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) Rainer Nachtigall. „Die unterschiedliche Behandlung von aktiven Beamtinnen und Beamten und Versorgungsberechtigten ist ein einmaliger Vorgang in Bayern und verträgt sich nur schwer mit dem betonten Bekenntnis zum Berufsbeamtentum und dem damit verbundenen Lebenseinkommen. Eine systemkonforme Übertragung des Tarifergebnisses ist das nicht!“

Insgesamt sei die aktuelle Einkommensrunde sehr enttäuschend verlaufen, so Nachtigall, man hätte sich für die Kolleginnen und Kollegen mehr erhofft. Trotz der Erholung bei den Steuereinnahmen bleibe der Tarifabschluss und damit die Übernahme auf die Besoldung hinter den anderen Abschlüssen, etwa im Bereich des Bundes und der Kommunen sowie im Land Hessen, deutlich zurück. Dies habe mit Anerkennung und Respekt nichts zu tun. „Wie man so einen leistungsfähigen und attraktiven öffentlichen Dienst auch in Zukunft aufrechterhalten möchte, bleibt da ein Rätsel“, so der BBB Vorsitzende.

Mecklenburg-Vorpommern

### **Besoldungsanpassung: Ruhegehaltsfähigkeit von Zulagen alternativlos**

**Die Landesregierung hat mit einem Kabinettsbeschluss die Übertragung des Tarifabschlusses mit den Ländern auf die Besoldung eingeleitet. dbb Landeschef Dietmar Knecht hat weitere Anpassungen gefordert.**

In einem ersten Schritt hat die Landesregierung ein Gesetz eine Einmalzahlung in Höhe von 1.300 Euro (650 Euro für Anwärtinnen

und Anwärter) für aktive Beamtinnen und Beamte bis zur Besoldungsgruppe B6 auf den Weg gebracht. Ziel ist es, am 1. März 2022 per

Abschlag diese Summe zahlbar zu machen. Die Kritik des dbb m-v daran, dass Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nicht berücksichtigt werden, hat die Landesregierung mit einem Verweis auf das gleiche Vorgehen in anderen Ländern zurückgewiesen.

In einem zweiten Gesetzgebungsverfahren will die Landesregierung die lineare Erhöhung in Höhe von 2,8 Prozent zum 1. Dezember 2022 regeln. In diesem Verfahren sollen dann auch zur Abmilderung der Nichtzahlung der 1.300 Euro an die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger weitere anrechenbare versorgungsrelevante Tatbestände geprüft werden. Der dbb hat außerdem darauf hingewiesen, dass in anderen Bundesländern bei der linearen Erhöhung kein Abzug für die Versorgungsrücklage vorgenommen werden soll, was der Finanzminister nun auch für Mecklenburg-Vorpommern wohlwollend prüfen will.

Unter Verweis auf die von einigen Ländern praktizierte Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei-, Strafvollzugs- und Feuerwehrzulage wurde ebenfalls eine ernsthafte Prüfung angekündigt. „Mit der Ankündigung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser auf der dbb Jahrestagung am 10. Januar, die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage für die Bundespolizei einzuführen, wird die Einführung auch in Mecklenburg-Vorpommern alternativlos“, betonte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht. Alle Zulagen sollen zudem weiterhin dynamisiert werden.

„Als Fazit kann festgestellt werden, dass das Land entsprechend seinen Zusagen weiterhin bemüht ist, sowohl für Nachwuchskräfte interessant als auch für die Beamtenschaft motivierend zu werden“, so der dbb Landeschef.

## Thüringen

### Landesbeschäftigte gegen Kritik vom Landesrechnungshof verteidigt

**Thüringen hat im Verhältnis zur Bevölkerung nach dem Saarland die meisten Beschäftigten im Landesdienst, hat Landesrechnungshofpräsident Sebastian Dette kritisiert. Der tbb Chef Frank Schönborn fordert jedoch eine sachliche Einordnung dieser Statistik.**

Korrekt sei, dass Thüringen wie andere ostdeutsche Flächenländer im öffentlichen Dienst mehr Personal je Einwohner als westdeutsche Flächenländer habe. Dette unterschläge dabei aber, so der tbb Chef, dass die Verteilung der Aufgaben zwischen Land und Kommunen überall anders geregelt ist. So habe Thüringen etwa im Vergleich zu anderen Bundesländern weniger Aufgaben kommunalisiert. Dies treffe beispielsweise auch auf die Forstwirtschaft zu,

wo sich das Personal natürlich nach der Waldfläche – immerhin ein Drittel des Landes – bemesse und nicht nach der Einwohnerzahl. Als weiteres Beispiel für die verzerrte Darstellung durch die Statistik nannte Schönborn die Schulen. Hier definiere nicht die Gesamtbevölkerung den Bedarf, sondern die Anzahl der Schülerinnen und Schüler – und der „Blick aufs Lehrer-Schüler Verhältnis wiederum zeigt, dass Thüringen im Durchschnitt der anderen Flächenländer liegt.“

## Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

### Politisch motivierte Kriminalität: Corona-Krise verstärkt aufgeheizte Stimmung

**Die Zahl der politisch motivierten Straftaten hat im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand erreicht. 47.303 Delikte wurden 2021 verzeichnet, sechs Prozent mehr als im Vorjahr. Der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt sieht die Entwicklung mit Sorge: „Die Proteste gegen die Corona-Politik geben den entscheidenden Ausschlag für diesen Anstieg.“**

Die Proteste seien laut Bundeskriminalamt nicht immer eindeutig dem linken oder rechten Spektrum zuzuordnen. „Die Gefahr jedoch, dass sich Menschen vom demokratischen

Spektrum abwenden und parallel von Rechtsextremen geworben werden, ist so groß wie nie“, sagte Wendt.

Besonders im Fokus von Frust auf den Staat stünden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. „Wir beobachten regelmäßig, dass es vielen Demonstrierenden an Respekt und Akzeptanz gegenüber staatlichen Funktionsträgern mangelt. Anpöbeln, Anspucken und sich Widersetzen bei alltäglichen polizeilichen Handlungen sind mittlerweile erschreckend alltäglich geworden“, so der DPolG Bundesvorsitzende. Die Gemengelage aus normalen Bürgerinnen und Bürgern, Verschwörungserzählern, Impfgegnern und Reichsbürgern erschwere die Arbeit der Polizei zusätzlich.

Nicht zuletzt die Mitnahme von Kindern zu Demonstrationen, um sie als Schutzschilde einzusetzen, behindere notwendiges Einschreiten der Polizei. An dieser Stelle seien sowohl die Jugendämter mit zeitnahen Reaktionen gefragt

als auch der Gesetzgeber. Eine höhere Strafe sollte nach Ansicht der DPolG dann drohen, wenn beim Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte der Täter ein strafunmündiges Kind in seiner Begleitung hat.

Wendt: „Feinde unserer Demokratie werden auch nach Corona nicht zu rechtstreuen Staatsbürgern werden. Deshalb braucht es eine gesellschaftliche Debatte über unser freiheitliches Staatswesen, die Vorteile unserer Ordnung, Defizite von Politik in der Krise und die Notwendigkeit der Durchsetzung von Regeln des Zusammenlebens. Die Politik muss an der Spitze einer solchen Debatte stehen, sie darf nicht ausgrenzen und verteufeln, sondern muss auch den Dialog mit Kritikern führen, die kann sich ihre Bevölkerung nicht aussuchen.“

## Verband Bildung und Erziehung (VBE)

### Kultusministerkonferenz muss Realität an den Schulen in den Blick nehmen

**Der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann hat anlässlich der Übernahme der Präsidenschaft der Kultusministerkonferenz (KMK) durch die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Karin Prien die Erwartungen an das Gremium formuliert.**

„Ministerin Prien hat große Herausforderungen vor sich. Für deren Bewältigung wünschen wir ihr eine glückliche Hand, das nötige Augenmaß und die Durchsetzungskraft, die es in der aktuellen Situation braucht. Die anhaltende Corona-Pandemie fordert Schulleitungen und Lehrkräfte nun schon seit nahezu zwei Jahren über alle Maßen. Ich hoffe, dass es der KMK unter der neuen Führung endlich gelingt, bundeseinheitliche, klare, verlässliche und transparente Standards zu entwickeln, welche Maßnahmen beim jeweiligen Infektionsgeschehen zu ergreifen sind. Ich erwarte, dass diese Standards nicht weiterhin auf politischem Wunschdenken, sondern auf wissenschaftlich abgesicherten Empfehlungen basieren (Corona-Expertenrat der Bundesregierung) und von der Realität in den Schulen geprägt sind“, so Beckmann.

Die Bewältigung der aktuellen Krise dürfe nach wie vor nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie lediglich bereits vor Corona bestehende strukturelle Schwächen schonungslos aufgedeckt und verstärkt habe. Beckmann: „Die Probleme, unter denen die Schulen leiden, sind zum Teil hausgemacht. Dies gilt vor allem für den akuten Lehrkräftemangel, der sich ständig zu verschärfen scheint. Fast zwei Drittel aller Schulleitungen geben laut einer von

forsa im Oktober 2021 im Auftrag des VBE durchgeführten repräsentativen Befragung an, dass sie mit Lehrermangel zu kämpfen haben. 2018 galt das nur für ein Drittel der Schulen. Hierauf bedarf es Antworten der KMK, die nachhaltig wirken. Dazu gehören aus unserer Sicht neben einer Anpassung der Studienkapazitäten vor allem eine Steigerung der Attraktivität des Berufsfelds durch bessere Arbeitsbedingungen, die Unterstützung durch multiprofessionelle Teams und ein besonderer Fokus auf den Gesundheitsschutz. Den von Ministerin Prien festgestellten deutlichen Digitalisierungsschub möchte ich deutlich relativieren. Wir haben in den Schulen zwar einen Ausstattungsschub erfahren, sind aber von einem Digitalisierungsschub aufgrund fehlender Fort- und Weiterbildungen trotz des hohen Engagements der Lehrkräfte leider noch immer weit entfernt.“

Es brauche zudem unter anderem Antworten darauf, wie im laufenden Schuljahr mit den unter Corona-Bedingungen erbrachten Schülerleistungen umgegangen und wie nachhaltig den psychosozialen Folgen der Corona-Pandemie bei Kindern und Jugendlichen entgegengewirkt werden soll. Auch wie sich die KMK zum im Koalitionsvertrag beschriebenen Kooperationsgebot aufstellt und wie der durch

den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an der Grundschule entstehende zusätzliche Fachkräftebedarf eingelöst werden soll, bedürfe einer schnellen Klärung. „Wenn Frau Prien im Interview mit der ZEIT behauptet, die Haltung der Lehrerorganisationen habe nur wenig mit der Aufbruchsstimmung in vielen Schulen zu tun, kann ich dazu nur feststellen, dass in den von forsa für den VBE seit 2016 durchgeführten repräsentativen Befragungen unter Schulleitungen und Lehrkräften vier von fünf Befragten feststellen, dass die Politik den tatsächlichen Schulalltag bei ihren Entscheidungen nicht hinreichend berücksichtigt und dass immer weniger Schulleitungen ihren Job weiterempfehlen würden. Richtig ist, Schulleitungen und Lehrkräfte tun vor und während der

Pandemie alles in ihrer Macht Stehende, um den Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden. Und sie tun es trotz unzureichender Rahmenbedingungen und obwohl sie sich häufig von der Politik allein gelassen fühlen. Es ist nicht unsere Aufgabe als Bildungsgewerkschaft, die Realität an den Schulen schön zu reden. Das überlassen wir gerne der Politik. Unsere Aufgabe ist es, die Maßnahmen der Politik kritisch konstruktiv zu begleiten und unsere Expertise einzubringen, um mehr Arbeitszufriedenheit und mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Das haben wir bisher getan und das werden wir auch weiterhin tun“, so der VBE Chef.

## Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) Warnstreik bei der AOK Nordost

**Die Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) hat ihre Mitglieder zum Warnstreik bei der Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) Nordost aufgerufen.**

„Die ungewöhnlich frühe Verschärfung des Tons in der Tarifaueinandersetzung hat ihre Ursache in der Absicht der AOK Nordost, sich aus der zu erwartenden Tarifierhöhung der AOK-Tarifgemeinschaft ausnehmen zu lassen“, erklärte der GdS-Bundesvorsitzende und dbb Vize Maik Wagner am 19. Januar 2022. „Konkret werfen wir der AOK vor, ihren Beschäftigten ohne Not Gehaltseinbußen zuzumuten.“

Tarifverhandlungen mit der GdS, in denen die AOK Nordost das Ziel deutlicher Personalkosteneinsparungen verfolgte, waren im Herbst letzten Jahres ergebnislos verlaufen. So hatte die Kasse unter anderem die Streichung des Weihnachtsgeldes für alle Beschäftigten für drei Jahre gefordert. Die GdS hatte dies abgelehnt, da aus ihrer Sicht die wirtschaftliche Situation der AOK solch drastische Maßnahmen nicht rechtfertigte.

Nach der Erhöhung des Bundeszuschusses an den Gesundheitsfonds, der auch für die AOKs eine gewisse finanzielle Entlastung brachte, wurden die Tarifverhandlungen zunächst vertagt. Ungeachtet der dabei getroffenen Absprachen, gemeinsam mit den Gewerkschaften die

finanzielle Entwicklung im Auge zu behalten und gegebenenfalls die Verhandlungen wiederaufzunehmen, ließ sich die AOK Nordost von der AOK-Tarifgemeinschaft nun von eventuellen Tarifierhöhungen ausnehmen.

„Die GdS sieht damit die getroffenen Absprachen gebrochen und die Regeln der Fairness im Rahmen der Tarifpartnerschaft verletzt“, so Wagner. „Wir fordern eine angemessene Tarifierhöhung für alle Tarifbeschäftigten und Auszubildenden bei den AOKs. Der Warnstreik richtet sich daher insbesondere gegen die Abkoppelung der AOK Nordost von den bundesweiten Tarifierhöhungen.“

Im Rahmen des Streiks am 19. Januar 2021 waren stundenweise Beeinträchtigungen im Kundenservice und in der Erreichbarkeit der AOK Nordost in Kauf zu nehmen. Vor dem AOK-Gebäude in der Wilhelmstraße in Berlin fand eine zentrale Protestkundgebung statt, bei der die betroffenen Beschäftigten ihrem Unmut über das Verhalten der Arbeitgeber lautstark Luft gemacht haben.

---

## ***Namen und Nachrichten***

Der **dbb Hessen** hält an seiner Position fest, dass das Land Hessen die Zusammenarbeit mit der Religionsgemeinschaft Ditib beenden muss. Hintergrund ist eine vor etwa acht Jahren gestartete Kooperation, um an allgemeinbildenden Schulen bekenntnisorientierten Islamunterricht anzubieten. Ditib ist jedoch wegen des Einflusses des türkischen Amtes für religiöse Angelegenheiten „Diyanet“ auf die Organisation umstritten. Zuletzt hatte das Bundesverfassungsgericht allerdings entschieden, dass bei der von der Landesregierung eingeleitete Auflösung der Zusammenarbeit das

Grundrecht auf Gewährung von effektivem Rechtsschutz verletzt wurde. Der dbb Landesbund betonte, dass dies kein abschließendes Urteil sei, denn „eine endgültige Entscheidung in der Sache steht noch aus“, sagte dbb Landeschef Heini Schmitt am 14. Januar 2022. Man unterstütze das Vorhaben weiterhin. „Die Entscheidung des Kultusministers, die Zusammenarbeit mit Ditib beenden zu wollen, war und ist für uns auch aus heutiger Sicht richtig. Die Gründe, die dazu geführt haben, liegen unverändert vor.“

### **Termine:**

25. Februar 2022, Potsdam

**Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 1. Runde**

Mehr Informationen unter [www.dbb.de/sue](http://www.dbb.de/sue)

---